



Jahreswirtschaftsbericht ist Dokument einer peinlichen Doppelmoral

Jahreswirtschaftsbericht ist Dokument einer peinlichen Doppelmoral
Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, wirft Bundeswirtschaftsminister Gabriel nach Bekanntwerden erster Details aus dem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht eine "peinliche Doppelmoral" vor und fordert eine Zurückziehung des Berichts. Er erklärt: Zehn Prozent mehr Geld für Abgeordnete, aber Maßhalteappelle für Arbeitnehmer, das geht nicht, das ist peinliche Doppelmoral. Dieser Jahreswirtschaftsbericht ist ein Dokument des Wählerbetrugs. Im 100-Tage-Programm der SPD standen nicht höhere Diäten sondern höhere Löhne. Sigmar Gabriel kann es bisher nicht besser als sein Vorgänger. Die Enttäuschung bei den Gewerkschaften wird maßlos sein. Mit solchen Frechheiten heizt man Tariffkämpfe an. Das wird ein heißes Tarifjahr, nicht zuletzt für den Bund. Sigmar Gabriel wäre gut beraten, den Jahreswirtschaftsbericht zurück zu ziehen und ein zweites Mal zu überarbeiten. Die Bundesregierung sollte eine Agenda für höhere Löhne vorlegen, die klare Zielvorgaben für eine flächendeckende Erhöhung der Reallöhne enthält. Die Lohnbremsen im Arbeitsrecht sind Wachstumsbremsen für die deutsche Wirtschaft. Wir brauchen keine Maßhalteappelle sondern einen echten Mindestlohn, mehr Kündigungsschutz und ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen.
DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 24009 543 oder -4
Telefax: 030 24009 220
Mail: bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
URL: <http://die-linke.de>

Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.